
Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

Nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki verzeichnete das MfS "massive gegnerische Interventionen" westlicher Menschenrechtsgruppen in "innere Angelegenheiten der DDR".

Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

Unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte stellten ab 1976 immer mehr DDR-Bürger einen Antrag auf Ausreise in den Westen. Darüber berichteten wiederum westliche Medien, und verschiedene westdeutsche Menschenrechtsorganisationen informierten Ausreisewillige über ihre Optionen. Die Stasi war alarmiert und setzte die SED-Führung mit der vorliegenden Information davon in Kenntnis, dass es zu "massiven gegnerischen Interventionen in innere Angelegenheiten der DDR" im Zusammenhang mit ausreisewilligen DDR-Bürgern komme.

In der Information unterbreitet das MfS außerdem Vorschläge, wie dieser Entwicklung zu begegnen sei. Die DDR müsse der westlichen Einmischung diplomatisch und politisch so offensiv wie möglich begegnen, "in geeigneter Form und zum geeigneten Zeitpunkt".

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Metadaten

Dienst Einheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS
und Informationsgruppe, Sekretariat Datum: 28.1.1976
Rechte: BStU

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

000193

BStU
000008

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den _____
Ranf. Feb. Blatt _____
mit Best. an Exemplar _____
Gen. Becker / nicht mit

Nr. 104 / 76

INFORMATION
über

massive gegnerische Interventionen in innere Angelegenheiten der DDR im Zusammenhang mit der Übersiedlung von Bürgern der DDR nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin

In der letzten Zeit häufen sich zunehmend Aktivitäten und Versuche gegnerischer Kräfte zur unmittelbaren Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR. Behörden, Einrichtungen und Institutionen der BRD inspirieren und initiieren in massiver Form Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zur Antragstellung auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin. Insbesondere durch die Ständige Vertretung der BRD in der DDR, durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, durch Massenmedien und durch in der DDR akkreditierte Journalisten der BRD, aber zunehmend auch durch die im Zusammenhang mit dem Einreiseverkehr stehenden umfangreichen verwandtschaftlichen und bekannschaftlichen Beziehungen und Kontakte erfolgt diesbezüglich eine sich ständig ausweitende aktive Einwirkung auf das Bewußtsein eines Teiles der Bevölkerung der DDR.

821 1174 3.0

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 8

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

BStU 000009

- 2 -

Ministerium für Staatssicherheit

Das gegnerische Vorgehen basiert auf den bekannten Rechtspositionen der BRD - wie sie u. a. im Bonner Grundgesetz, im Staatsbürgerschaftsrecht und in der Auslegung des Grundlagenvetragtes durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe fixiert sind.

In fast allen von Bürgern der DDR gestellten Anträgen auf Übersiedlung wird in der Begründung - in Übereinstimmung mit der gegnerischen Argumentation - auf den Grundlagenvertrag, auf die Aufnahme der DDR in die UNO und damit im Zusammenhang auf die Charta der Vereinten Nationen, auf die Erklärung der UNO über die Menschenrechte verwiesen.

Personen- und Gruppenverzeichnis

Insbesondere seit der Veröffentlichung der Schlußakte der KSZE treten Bürger der DDR, die Anträge auf Übersiedlung gestellt haben bzw. stellen, in zunehmendem Umfang dahingehend in Erscheinung, daß sie - und, angeregt durch die gegnerische Argumentation, in zum Teil provokatorischer Form - eine "zügige" Bearbeitung ihrer Anträge fordern und die Einschaltung zentraler staatlicher Organe der DDR, der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR bzw. der Massenmedien der BRD und Westberlins in die Lösung ihrer Anliegen androhen. Derartige, durch das gegnerische Einwirken provozierte Handlungen und Verhaltensweisen führen zu zunehmenden Versuchen, "Druck" auf die zuständigen staatlichen Organe der DDR auszuüben.

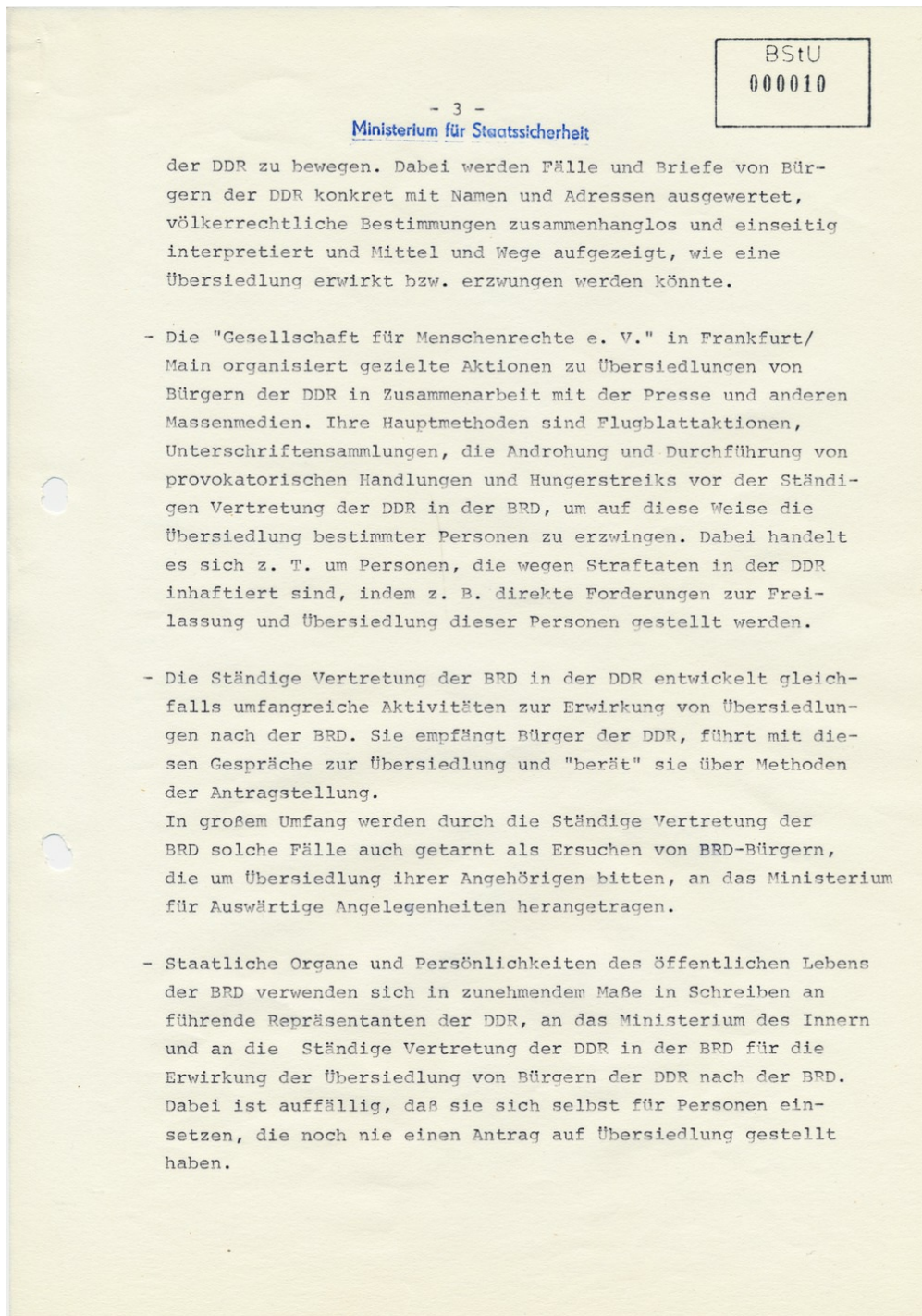
Entsprechend den bisher vorliegenden Erkenntnissen und Erfahrungen des Ministeriums für Staatssicherheit zeigen sich die unmittelbaren Einflüsse und Einwirkungen des Gegners auf die Erwirkung der Antragstellung des Gegners u. a. in folgenden Aktivitäten:

- In Sendungen des Rundfunks und des Fernsehens sowie in der Presse der BRD erfolgt eine gezielte Propaganda und Hetze, um Bürger der DDR zu beeinflussen bzw. sie bei derartigen Absichten zu unterstützen mit dem Ziel, sie zum Verlassen

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

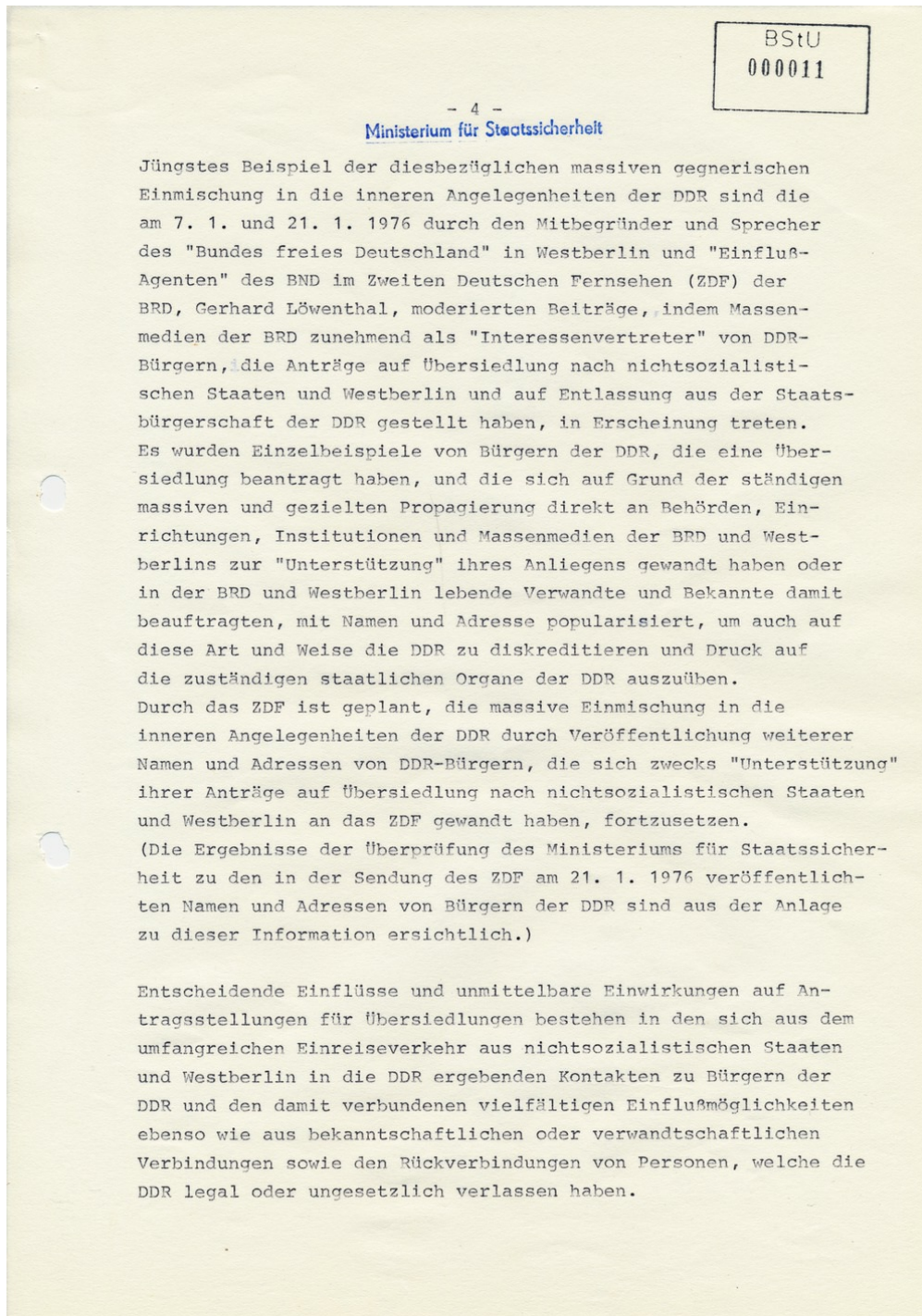
Blatt 9

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

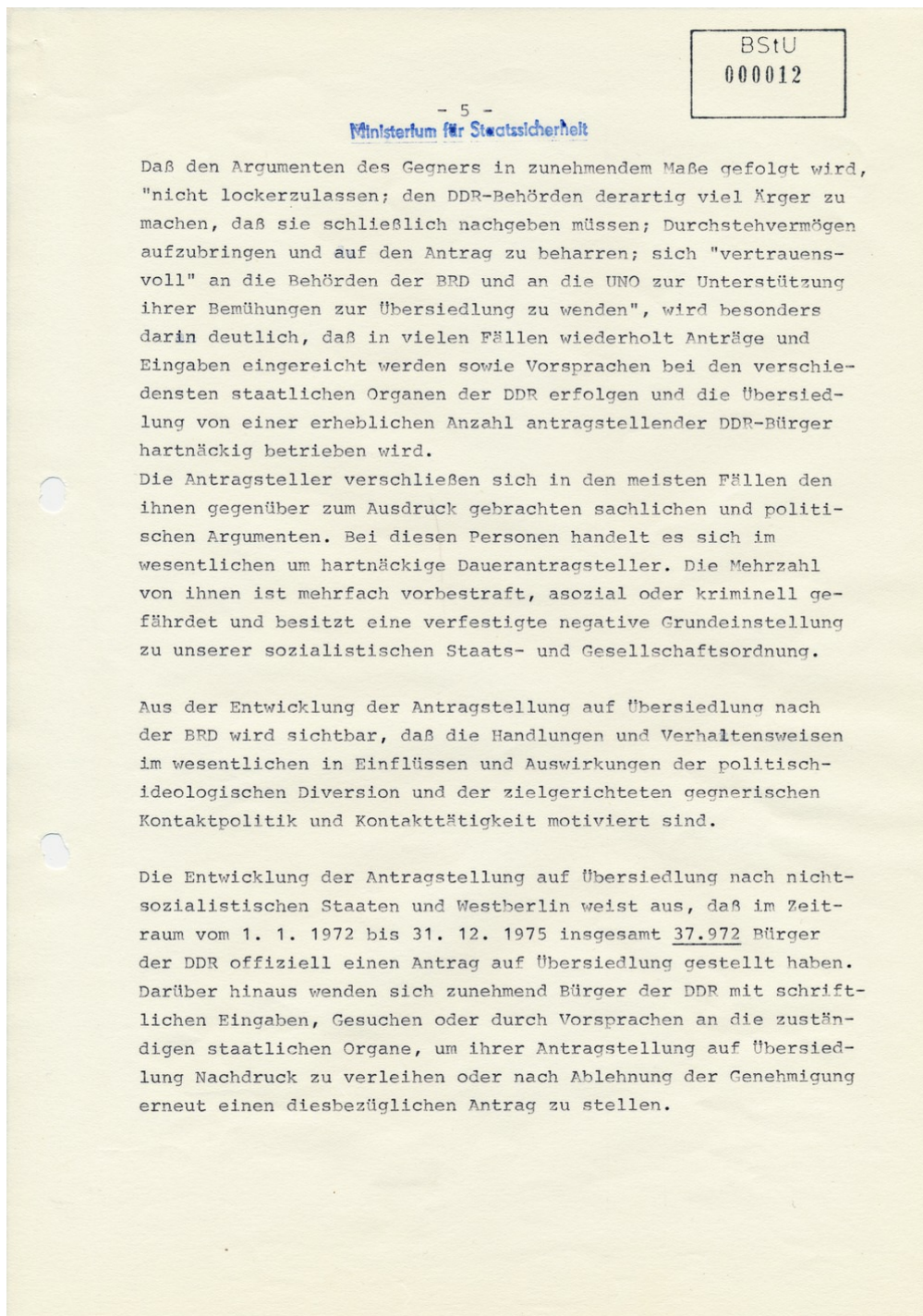
Blatt 10

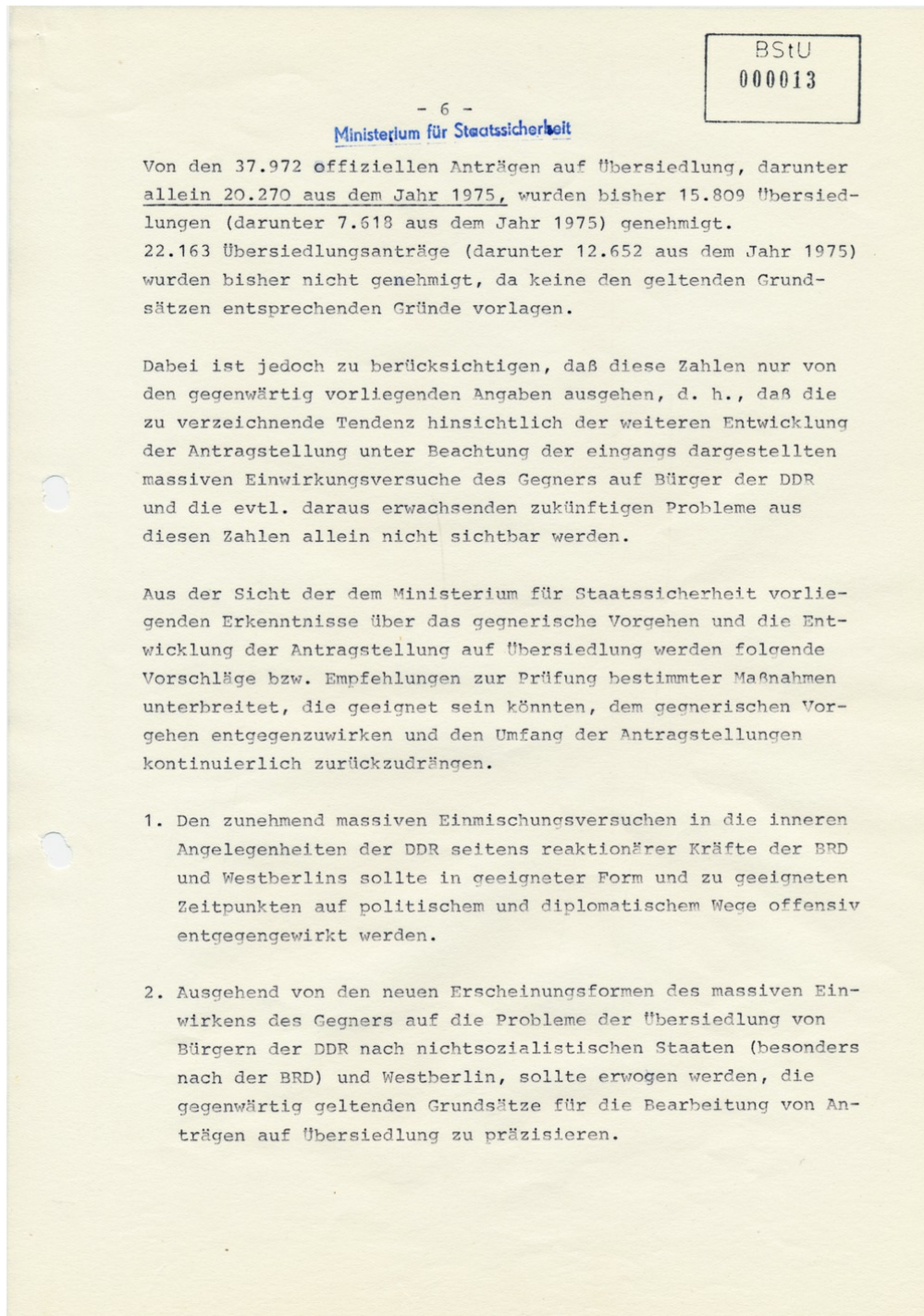
Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 11

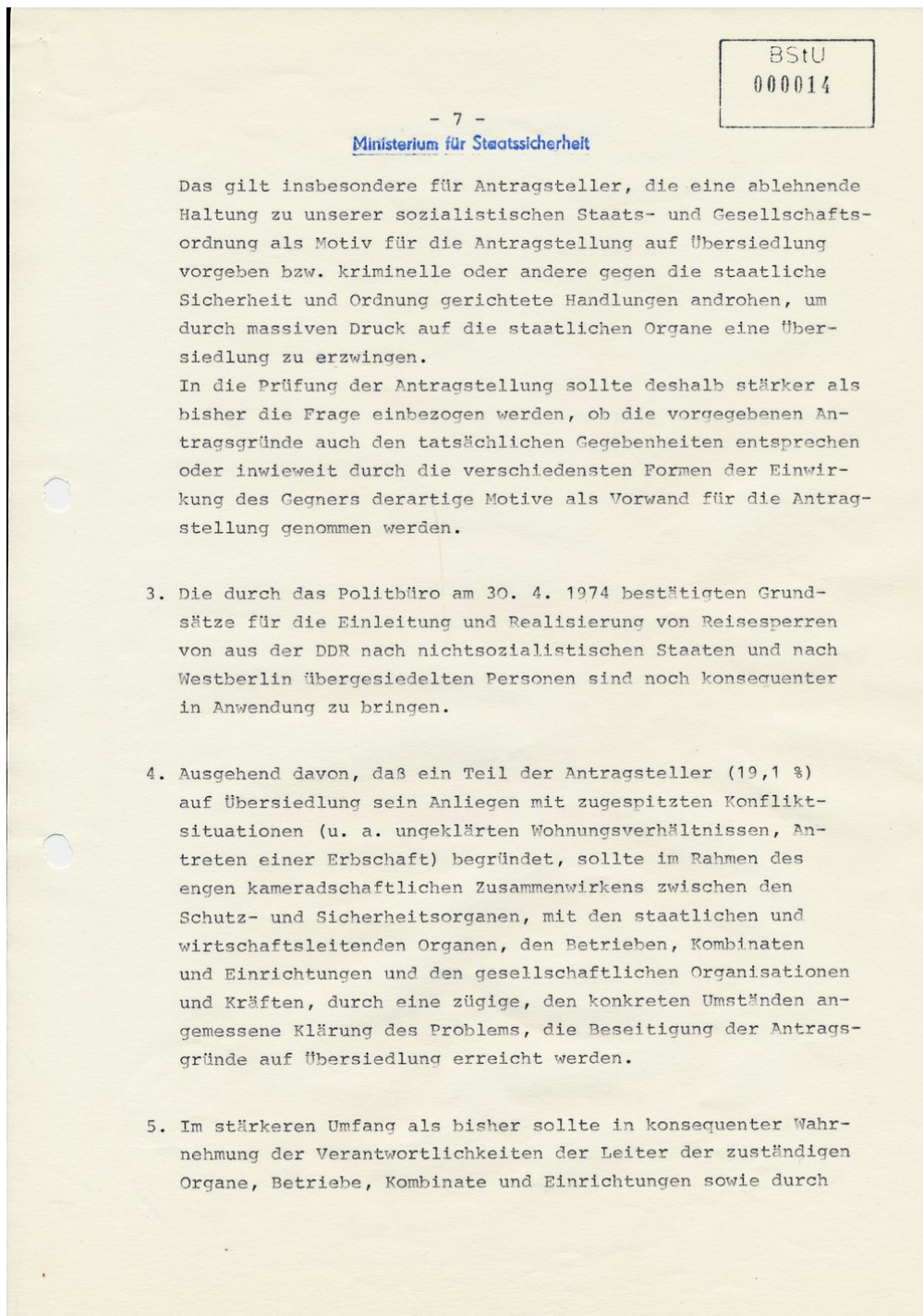
Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

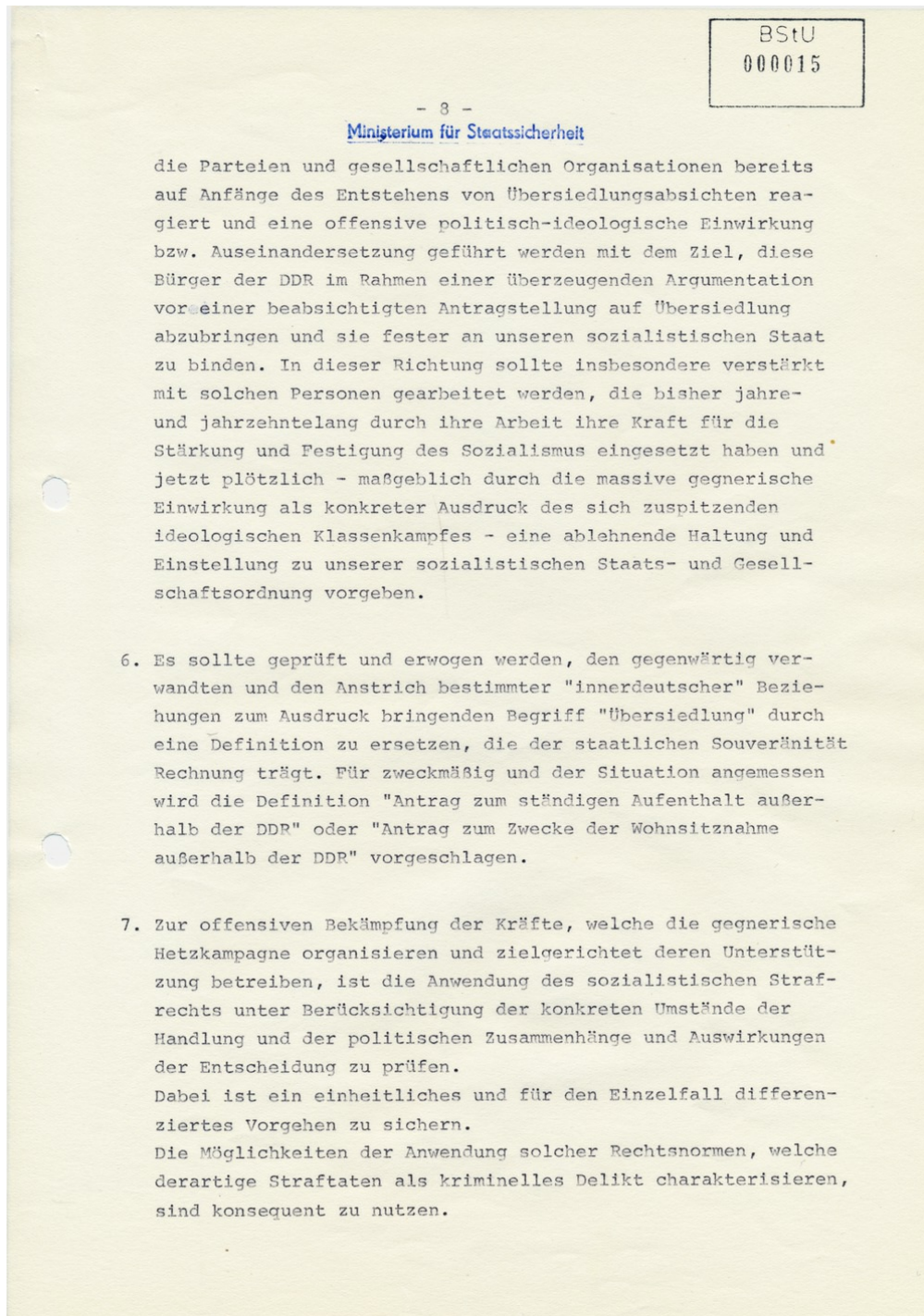
Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 13

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

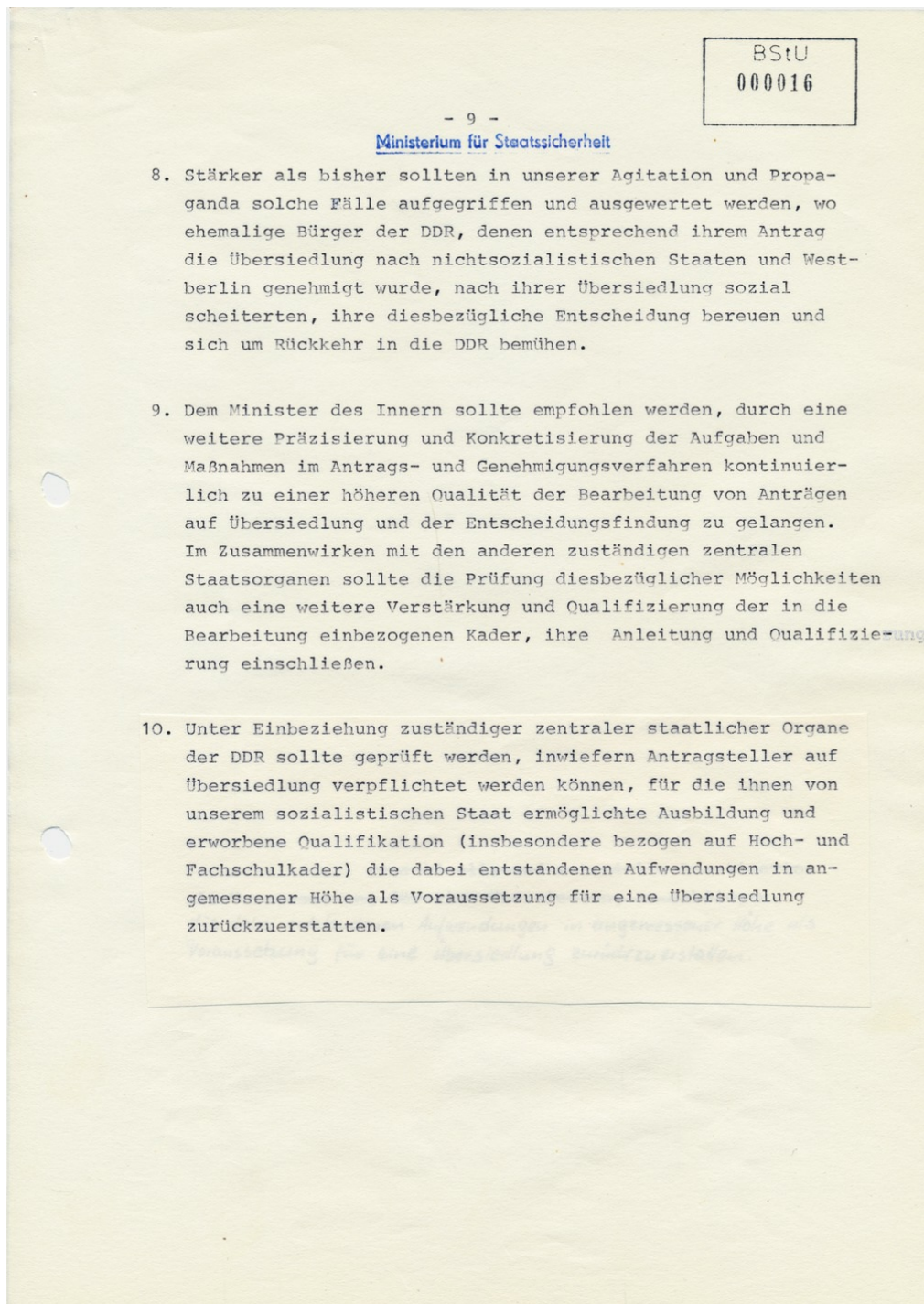
Blatt 14

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 15

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern

Ministerium für Staatssicherheit

Anlage zur Information Nr. 104/76

BStU
000017

Ergebnisse

der Überprüfungen des Ministeriums für Staatssicherheit zu den in der Sendung des ZDF vom 21. 1. 1976 veröffentlichten Namen und Adressen von Bürgern der DDR, die Anträge auf Übersiedlung nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin gestellt haben

Bei den während der Sendung des ZDF am 21. 1. 1976 veröffentlichten 65 Personen und Adressen handelt es sich um 15 Familien und 14 Kinder sowie um 21 Einzelpersonen.

Der jüngste in dieser Sendung des ZDF genannte Bürger der DDR, der sich zwecks "Unterstützung" seines Antrages auf Übersiedlung in nichtsozialistische Staaten bzw. Westberlin an Massenmedien der BRD und Westberlin wandte, ist 18 Jahre und der älteste Bürger der DDR 63 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der genannten Personen beträgt 30 Jahre.

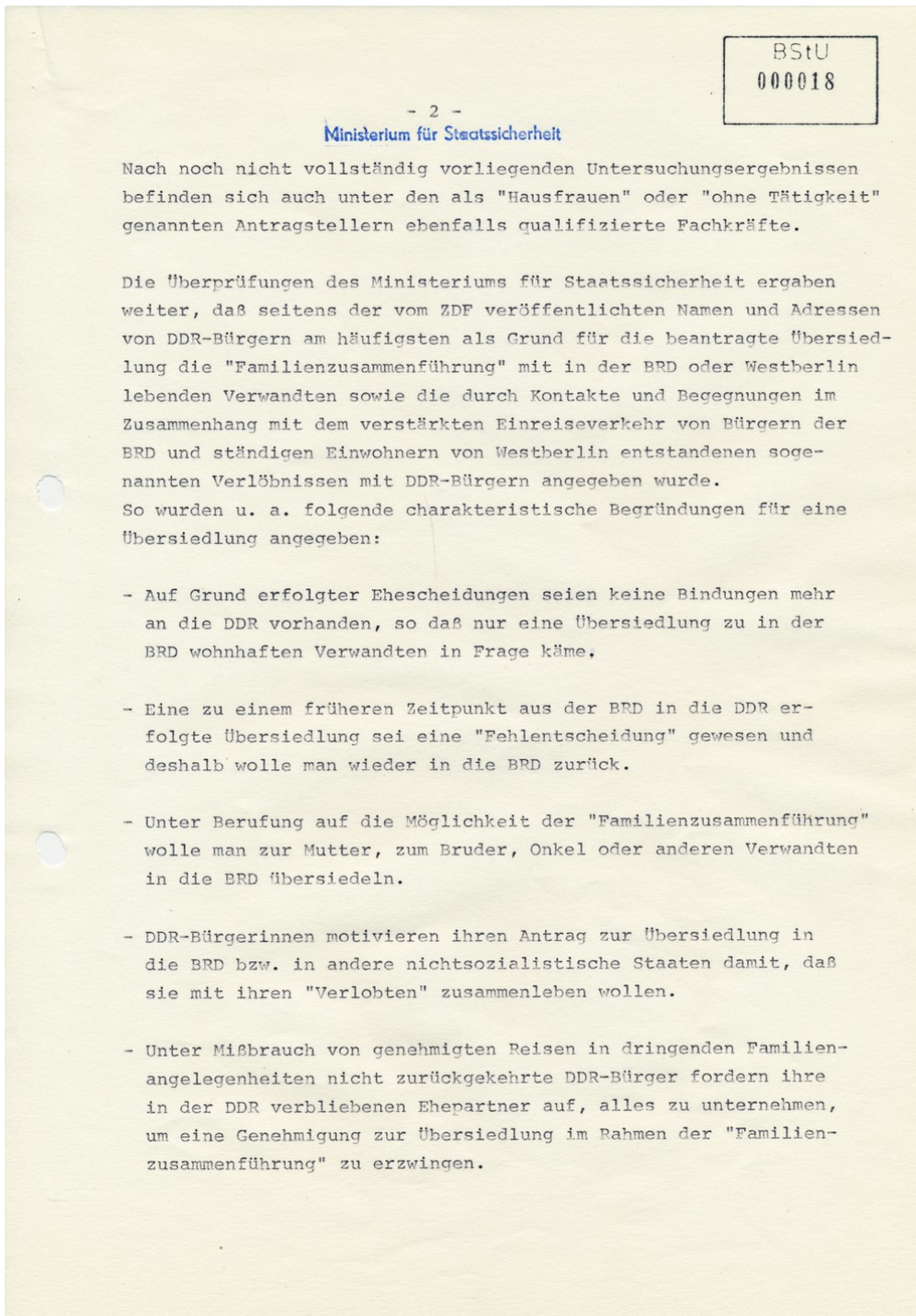
Aus den Veröffentlichungen der Namen und Adressen durch das ZDF wird ersichtlich, daß sich die unmittelbaren Einflüsse und Einwirkungen gegnerischer Kräfte auf das Erzwingen von Genehmigungen zur Übersiedlung von DDR-Bürgern nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin vorrangig - wie die Überprüfungen ergaben - auf hochqualifizierte Kräfte der DDR - die zugleich vorrangig zu den Zielgruppen der verbrecherischen Machenschaften der kriminellen Menschenhändlerbanden gehören, was gerichtsnotorisch bewiesen wurde - konzentrieren, wie zum Beispiel

- Ärzte (3)
- Zahnärzte (2)
- Pharmazie-Ingenieur (1)
- Elektronikingenieur (1) sowie
- qualifizierte Facharbeiter (22).

Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 17

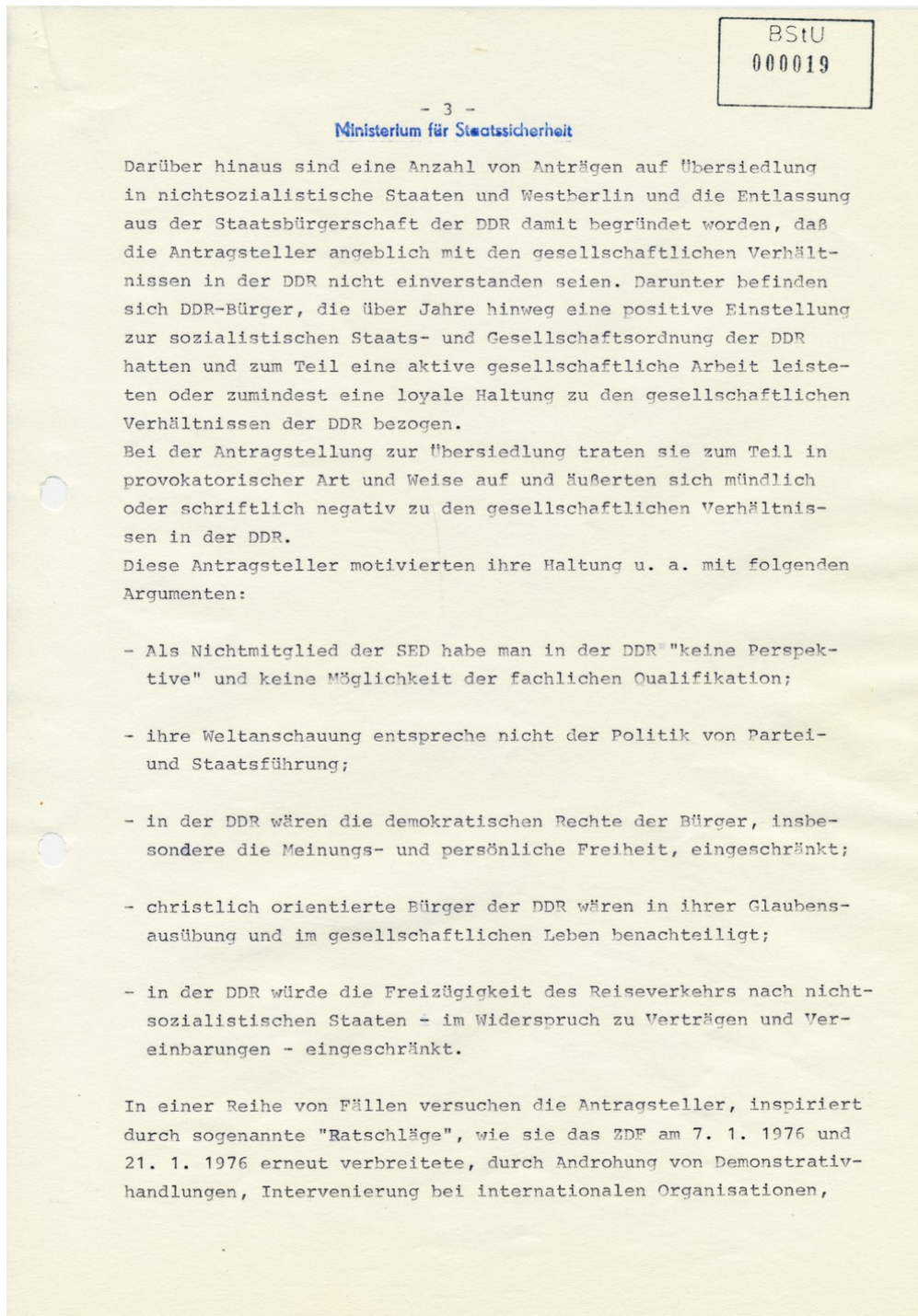
Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 18

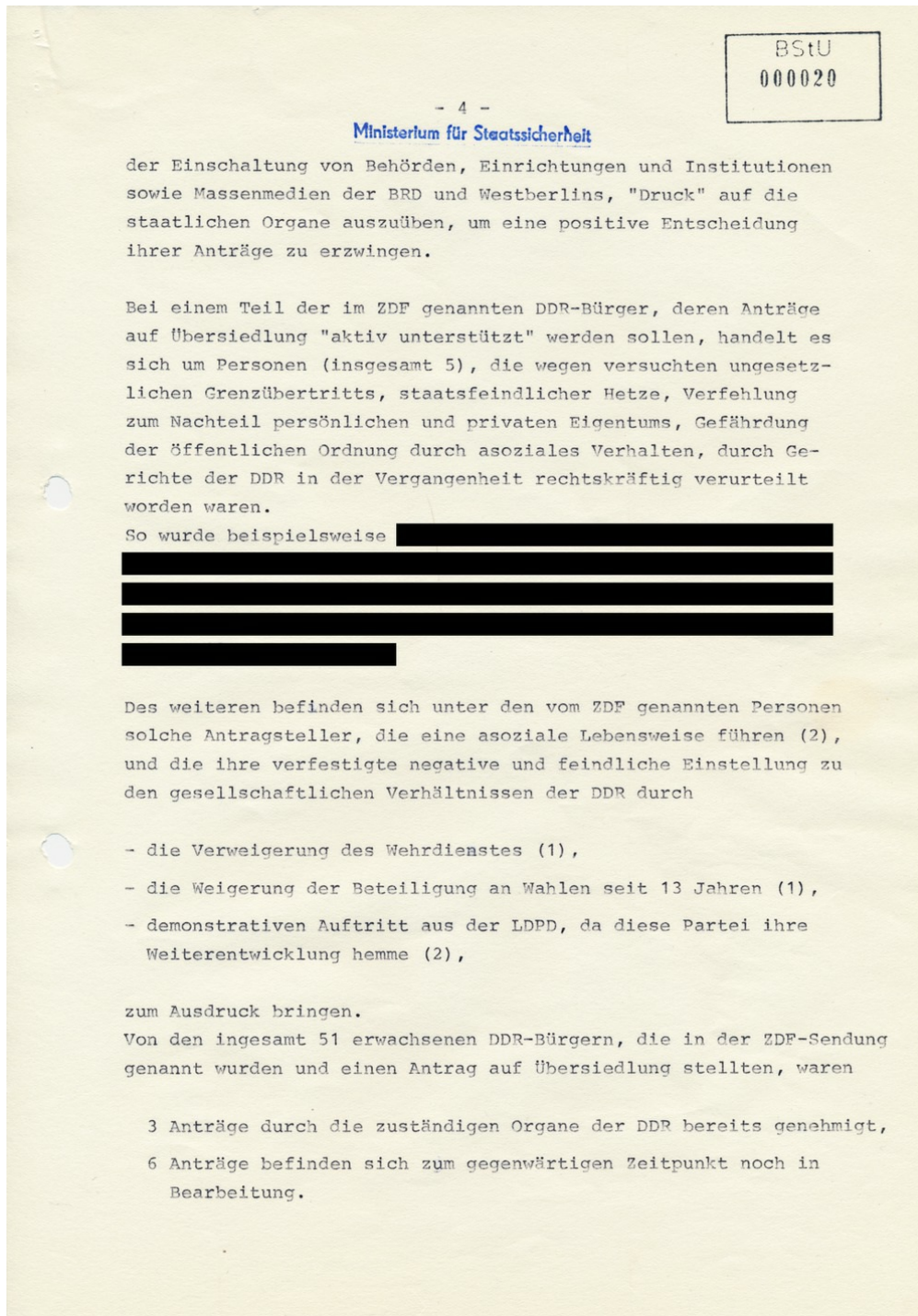
Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 19

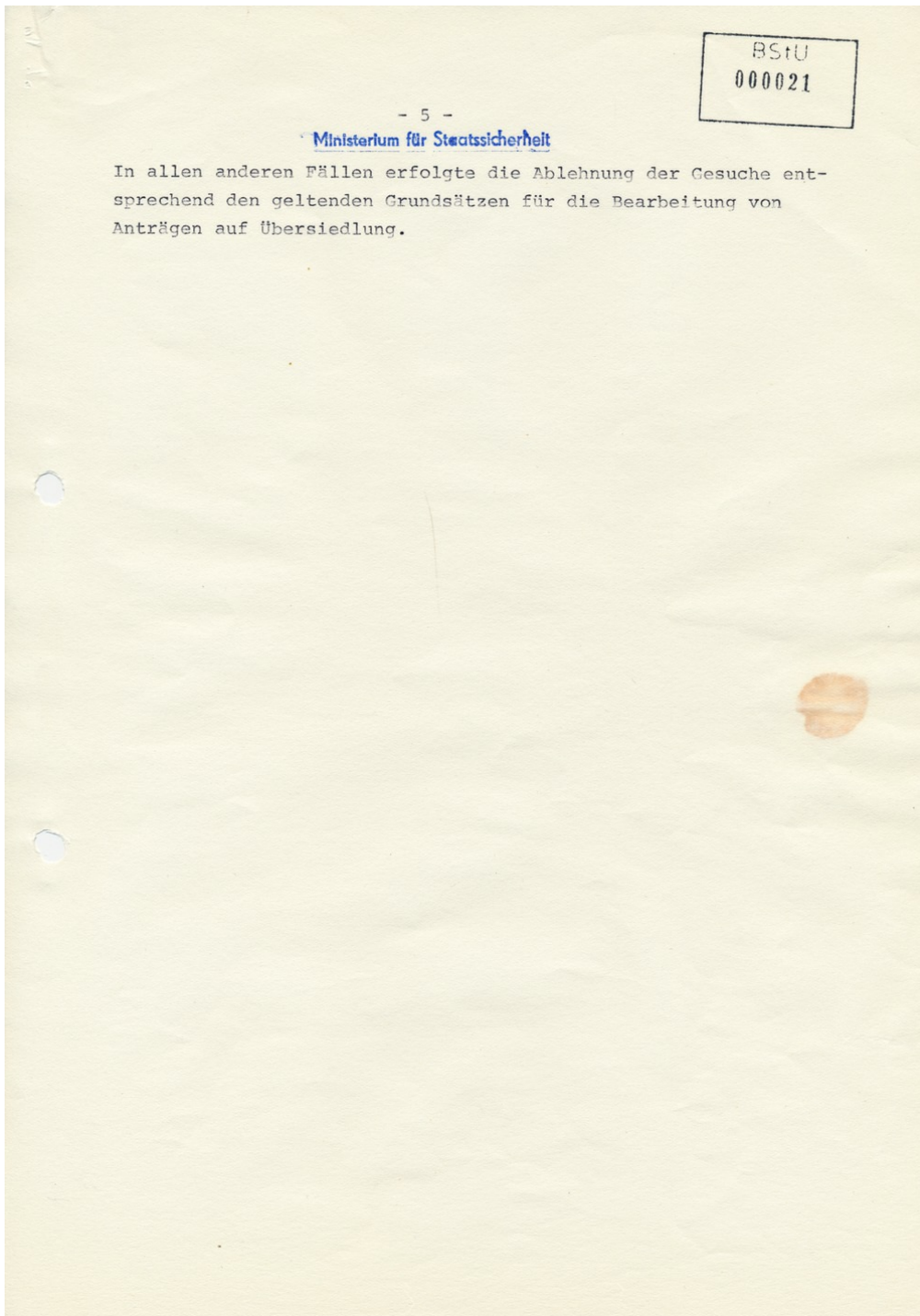
Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 20

Information über westliche Menschenrechtsgruppen und ihre Kontakte zu DDR-Bürgern



Signatur: BStU, MfS, ZAIG, Nr. 2477, Bl. 8-21

Blatt 21